Ürsprünglich WP-02-302-4 (Teil verschoben) Ein Land der Innovation und Nachhaltigkeit

Antragsteller*in: Antje Grothus
Beschlussdatum: 11.11.1111

Änderungsantrag zu WP-01

Von Zeile 401 bis 402 einfügen:
ein, dass die strukturellen Herausforderungen des Ruhrgebiets angemessen berücksichtigt werden.

Dabei ist sicherzustellen, dass keine Befreiung vom Wasserentnahmeentgelt für die Befüllung der Tagebaurestseen im Rheinischen Revier erfolgt. Wir prüfen eine Zusammenführung der tagebauspezifischen Grundwassermonitorings zu einem revierweiten Grundwassermonitoring.
Aufbauend auf den Ergebnissen des Gutachtens zur Überprüfung der Folgekosten und -aufgaben durch den Braunkohlenabbau werden wir Maßnahmen treffen, damit RWE hierfür dauerhaft mit seinem gesamten Vermögen haftet und die Allgemeinheit nicht belastet wird.
Wir überprüfen die Einleitkonzepte der RAG bezüglich des Grubenwassers im Ruhrgebiet auf eine Anpassung an die Folgen der Klimakrise, insbesondere zum Schutz von Oberflächengewässern bei Niedrigwasser.
Wir stehen an der Seite der Bergbaubetroffenen. Wir begrüßen daher den probeweisen Beitritt von K+S in die Schlichtungsstelle und setzen uns weiterhin dafür ein, dass dieser Beitritt dauerhaft verlängert wird alle Unternehmen des Salzbergbaus diesem Beispiel folgen. Gemeinsam mit den Schlichtungsstellen, den Betroffenenverbänden und den Bergbauunternehmen prüfen wir eine Zusammenführung der unterschiedlichen Schlichtungsstellen zu einer zentralen Schlichtungsstelle.
Der Salzabbau am Niederrhein wird die Region auf Jahrhunderte prägen. Zur gerechteren Bearbeitung von Bergschadensfällen setzen wir uns beim Bund für eine Verlängerung der bergschadensrelevanten Verjährungsfristen ein. Wir installieren ein transparentes Monitoring der Veränderungen im regionalen Wasserhaushalt und der Bodenbewegungen.
Zur Erhöhung der Transparenz im Bergbau werden wir datenschutzkonform und einfach zugänglich alle bergrechtlichen Genehmigungen veröffentlichen.
Wir entwickeln den Unterausschuss Bergbausicherheit im Landtag zu einem Unterausschuss für Bergbausicherheit und Nachbergbau weiter.